

den hat und in dieser Hinsicht eine weiße Weste vorzuweisen hat wie nur wenige Hierarchen der ROK.

Wichtige Grundgedanken von Patriarch Aleksij und Metropolitan Ioann sind identisch, daher kommt es auch nicht zu dem erwarteten Bruch zwischen beiden: Rußland ist demnach von Kultur und Geschichte her ein orthodoxes Land. Rom hat die Alte Kirche verlassen – 1054 wurde dieser Bruch manifest. Die Reformation hat den Protestantismus hervorgebracht, der sich nach der Aufgabe von fünf der sieben Sakramente als Häresie disqualifizierte. Dessen Abspaltungen, hierzulande als Freikirchen bezeichnet, sieht die Orthodoxie nur noch als Sekten, mit denen man höchstens aus Gründen der Höflichkeit ins Gespräch eintritt. Die religiöse Invasion aus dem Westen kann also orthodoxerseits nicht als ökumenisches Ereignis gewertet werden, sondern als Gefahr, von der wahrhaft christlichen – orthodoxen -Basis weggeführt zu werden.

75 Jahre Kommunismus und Kirchenverfolgung haben die christlichen Grundlagen Rußlands nachhaltig zerstört. Die geistige Krise nach dem Zusammenbruch des Kommunismus erweist sich mit jedem Tag größer als angenommen. Die Aufgabe, die sich die Kirche gestellt hat: maßgeblich am geistigen Wiederaufbau Rußlands mitzuwirken, ist nicht zu erfüllen, wenn sich große Teile der Bevölkerung der Russischen Kirche verweigern bzw. sich kirchlichen Gruppierungen zuwenden, die man orthodoxerseits beim besten Willen nicht als Kirchen anerkennen kann.

Westliche Vorstellungen von Pluralismus, Religionsfreiheit, Menschenrechten usw. sind nach Meinung der ROK auf Rußland derzeit nicht anwendbar. Im Westen gibt es gewachsene Kulturen und Strukturen, mit denen neue religiöse Gruppierungen sich messen müssen, wenn sie sich behaupten wollen. Rußland ist aber heute beinahe religiöses Niemandsland, in dem alle möglichen Gruppen auf schnellstem Wege größte Missionserfolge erzielen wollen, ohne Rücksicht darauf, ob dies dem Lande dienlich ist oder nicht. Angesichts des politischen, des gesellschaftlichen und des wirtschaftlichen Chaos im Lande braucht Rußland jetzt wenigstens auf geistig-geistlichem Gebiet Ruhe, damit das Volk nach den Jahrzehnten der

Entwurzelung erst einmal wieder zu seinen eigenen geistigen Wurzeln finden kann. Die jetzigen Massenmissionen mit Hilfe von Dollar-Millionen jedoch bewirkten das Gegenteil: Verwirrung, Verunsicherung, geistige Aufsplitterung statt Vereinigung, Konkurrenz und Haß statt Solidarität. Wenn das russische Volk einmal geistig gefestigt sein wird, dann könne man wieder über ein Öffnung dem Westen gegenüber nachdenken – jetzt aber nicht.

Bei all diesen Versuchen, das geistige Umfeld des fraglichen Religionsgesetzes aufzuhellen und verständlich zu machen, darf aber nicht unerwähnt bleiben, daß seit einigen Jahren auf russischem Boden auch charismatische, autochton *russische* Sekten agieren („Gottesmutter-Zentrum“, „Weiße Bruderschaft“), die sich orthodox geben und unter der Bevölkerung besorgniserregende Erfolge erzielen. Doch die Russisch-Orthodoxe Kirche war viel zu sehr auf die westlichen Missionen fixiert, um diese viel größere Gefahr als solche wahrzunehmen – dies geschieht erst seit einigen Monaten.

Der Entwurf zum Religionsgesetz, das der Russischen Kirche Schutz vor westlichen Missions-Profis geben und ihr faktisch die frühere Position der privilegierten Kirche in Rußland bescherten sollte, ist nach der Auflösung des Obersten Sowjets am 21. September und mit dem Umsturz-Versuch vom 3./4. Oktober 1993 erst einmal vom Tisch. Aber sobald sich die Verhältnisse in Rußland etwas normalisieren, wird es mit Sicherheit Vorstöße geben, ein ähnliches Gesetz oder vergleichbare Ergänzungen einzubringen. Jelzin befürwortete im Prinzip entsprechende Regelungen; mit seinen Einlassungen folgte er lediglich rechtsstaatlichen Überlegungen, mit denen er insbesondere die Verärgerung im Westen mildern wollte, wohingegen Extremisten im Obersten Sowjet durch weitestgehende Formulierungen Jelzin auch mit diesem Gesetz in die Enge zu treiben versuchten. Gesetzliche Regelungen, die dem wilden Missionsbusiness in Rußland wehren, sind aber auf jeden Fall zum Zwecke der geistigen Genesung des Landes notwendig – darüber sind sich die meisten Menschen in Rußland einig.

Gerd Stricker

Kurzinformationen

Bischof Karl Lehmann stellte sich hinter das Grundanliegen der „Königsteiner Erklärung“

Wenige Tage vor der Veröffentlichung der Enzyklika „Veritatis splendor“ Johannes Pauls II. (vgl. ds. Heft, 548f,

569ff.) legte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof *Karl Lehmann*, in seinem Eröffnungsreferat zur Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz eine *Standortbestimmung 25 Jahre nach der sogenannten „Königsteiner Erklärung“ der deutschen Bischöfe* vor (vgl. HK, Okto-

ber 1968, 484ff.). Das Referat war der einer schwierigen argumentativen Gratwanderung gleichkommende Versuch, den Kritikern der Königsteiner Erklärung so weit entgegenzukommen, wie sich ihre Kritik auf bestimmte Aspekte des Rezeptionsprozesses bezieht, und zugleich das eigentliche An-

liegen der Erklärung zu bestätigen. Lehmann wies darauf hin, man mißverstehe die Königsteiner Erklärung von Grund auf, wenn man sie als eine „primär normative Aussage oder gar als eine Gegenorm zur Enzyklika“ auffasse. Sie sei ein „Wort zur pastoralen Situation im Zusammenhang des schwierigen Rezeptionsprozesses“ gewesen. Der in seinem Amt als Konferenzvorsitzender bestätigte Bischof von Mainz sprach sich für ein „Überdenken“ der kirchlichen Position in bezug auf „Humanae vitae“ aus, was er jedoch nicht als eine „Revision“ bzw. ein „schlichtes Zurücknehmen der Norm“ verstanden wissen wollte. Das Grundanliegen der Königsteiner Erklärung behalte seine Gültigkeit. Es habe „wenig Sinn, die Normen von ‚Humanae vitae‘ unter hohem Einsatz allein der Autorität einzuschärfen oder gar zu verschärfen“. In ihrem weiteren Verlauf verabschiedete die Bischofskonferenz ein neues Kirchliches Dienst- und Arbeitsrecht (vgl. ds. Heft, 544), diskutierte eine demoskopische Untersuchung über die Kirchenaustritte (vgl. ds. Heft, 550), beschloß Satzungskriterien für katholische Vereinigungen und beriet eine Erklärung zu Bildungsfragen, die als Veröffentlichung der Kommission „Erziehung und Schule“ der Deutschen Bischofskonferenz herausgegeben werden wird.

Die französischen Bischöfe äußerten sich zur Arbeitslosigkeit

Die Sozialkommission der französischen Bischofskonferenz (Vorsitzender: *Albert Rouet*, Weihbischof in Paris) sprach sich in einer Erklärung zum Thema Arbeitslosigkeit (Wortlaut: *La Croix*, 28.9.93) für grundlegende Veränderungen im Umgang mit menschlicher Arbeit aus. Im Mittelpunkt der Erklärung steht die Auseinandersetzung mit der Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit immer weniger als ein „konjunkturelles“, sondern mehr und mehr als „strukturelles“ Phänomen betrachtet werde. Einerseits versuchen die Bischöfe der Tatsache Rechnung zu tragen,

daß sich der Stellenwert der Arbeit innerhalb der französischen Gesellschaft gewandelt hat („Arbeit kann man nicht mehr gleichsetzen mit Erwerbsarbeit gegen Entgelt“); andererseits kritisieren sie die französische Gesellschaft wegen ihres mangelnden Gespürs für die „Humankosten“ andauernder hoher Arbeitslosigkeit: „Unsere Gesellschaft resigniert vor der Tatsache, daß die Wirtschaft ihr ihre Gesetze aufzwingt.“ Der Schlüsselsatz des Dokuments lautet: „Das Fehlen einer sozialen und politischen Konzeption, der sich andere Rationalitäten unterzuordnen hätten, führt dazu, daß sich eine bestimmte Vorstellung von der Wirtschaft als die einzige, die Welt beherrschende Rationalität darstellt. Von der notwendigen Anerkennung wirtschaftlicher Sachgesetzlichkeiten wechselt man zu einem ‚Ökonomismus‘, der sich als soziale und philosophische Doktrin schlechthin geriert“. Die Vorstellung, „Erfolg im Leben“ haben zu wollen, sei an die Stelle des Wunsches nach „gelingendem Leben“ getreten. Dieses Lebensmodell, sosehr es als Motor für Konsum, Produktion und Wachstum gedient habe, sei an seine Grenzen gekommen. Es schaffe eine von Ungleichheit gekennzeichnete Gesellschaft, versperre Wege zu einer human verträglichen Entwicklung: „Die Logik dieser Gesellschaft muß geändert werden, denn in der gegenwärtigen Konjunkturlage führt das alte Modell zum Ausschluß vieler.“ Gegenüber der scharfen Kritik an der problematischen Situation der französischen Gesellschaft, so vermerkte man spitz in der Presse (vgl. *Le Monde*, 28.9.93), geize die Bischofserklärung mit konkreten Vorschlägen für einen humaneren Umgang mit der Arbeit.

Kirchen wehren sich gegen Aufweichung des Sonntagsschutzes

Nach Geist und Buchstaben handle es sich bei dem von der Bundesregierung verabschiedeten Entwurf eines „Gesetzes zur Vereinheitlichung und Flexibilisierung des Arbeitszeitrechtes“ um ei-

nen Schritt hin zur Preisgabe des christlichen Sonntags als eines Schutz- und Ruhetages für die Menschen, kritisieren die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland in einer am 29. September veröffentlichten *gemeinsamen Erklärung*. Bundesregierung und Gesetzgeber werden darin gebeten, die geplante Neuregelung noch einmal zu überdenken und sich für einen uneingeschränkten Schutz des Sonntags einzusetzen. „Mit großer Sorge verfolgen die Kirchen in Deutschland die Pläne der Bundesregierung, den Schutz des Sonntags aufzuweichen und Ausnahmen vom Verbot der Sonntagsarbeit auch aus wirtschaftlichen (!) Gründen zuzulassen“, so die Kirchen zur neuen Qualität des jüngsten arbeitszeitrechtlichen Vorstoßes. Die in der vorgesehenen Neuregelung weit gefaßte Generalklausel öffne der Sonntagsarbeit Tür und Tor und ergänze die „ohnehin bis an und über die Grenze des Vertretbaren gehenden Ausnahmen“. Die Regierungsinitiative zum Arbeitsrecht sieht vor, daß Sonntagsarbeit auch dann zulässig sein soll, „wenn nachweisbar die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland wegen längerer Betriebszeiten oder anderer Arbeitsbedingungen unzumutbar beeinträchtigt ist und durch die Genehmigung von Sonn- und Feiertagsarbeit die Beschäftigung gesichert werden kann“. Keineswegs würden die Schwierigkeiten verkannt, betonen die Kirchen, in die Unternehmen im internationalen Wettbewerb geraten können. Dennoch müsse die Arbeitszeit so organisiert werden, daß zum einen Arbeitsplätze erhalten werden könnten, zum anderen der Sonntag aber nicht gefährdet werde. Überdies zweifeln die Kirchen, ob die angezielte Regelung wirklich zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen könne. Als besonders problematisch werten die Kirchen die weit und unbestimmt gefaßte Ermöglichung von Sonntagsarbeit in Bereichen, die, so die Formulierung des Gesetzentwurfes, „aus chemischen, biologischen, technischen oder physikalischen Gründen einen ununterbrochenen Fortgang auch an Sonn- und Feiertagen erfor-

dern“. Der gemeinsame Einsatz der beiden Kirchen für den Sonntagsschutz hat bereits Tradition: Eine erste gemeinsame Stellungnahme zum Thema erfolgte im September 1985 mit dem Wort „Der Sonntag muß geschützt bleiben“, das sich gegen Bestrebungen wandte, das geltende Arbeitsrecht zu verändern und weitgehende Ausnahmeregelungen des Sonn- und Feiertagsarbeitsverbotes durchzusetzen (vgl. HK, Oktober 1985, 489f.). In der gemeinsamen Erklärung „Unsere Verantwortung für den Sonntag“ wandten sich die Kirchen erneut gegen die Aushöhlung des Sonntags als Ruhetag durch die Zunahme von immer mehr Sonntagsarbeit vor allem auch im Dienstleistungsbereich und verdeutlichten die hohe sozial-kulturelle Bedeutung der Sonntagsruhe (vgl. HK, April 1988, 182ff.).

Theologenkongreß über das Verhältnis von Pluralismus und Identität

Die 1973 gegründete „Wissenschaftliche Gesellschaft für Theologie“ veranstaltete vom 20. bis 24. September in Wien den achten Europäischen Theologenkongreß, diesmal mit dem Thema „Pluralismus und Identität“. Der Wissenschaftlichen Gesellschaft gehören derzeit etwa 600 Theologinnen und Theologen aus 20 Ländern an, zum überwiegenden Teil Vertreter der evangelischen Theologie. Der Wiener Kongreß befaßte sich in Vorträgen, Kolloquien und Sektionsveranstaltungen der verschiedenen theologischen Disziplinen mit einem breiten Spektrum von Einzelthemen. Das Problem, wie in der gegenwärtigen Situation eines kaum mehr zu überblickenden und vielfach verwirrenden gesellschaftlichen, religiösen und auch kirchlichen Pluralismus christliche Identität bestimmt und gesichert werden kann, wurde von den verschiedensten Ausgangspunkten her angegangen. Im Eröffnungsvortrag wies der Münchner Systematiker *Trutz Rendtorff* darauf hin, daß christliche Identität immer plural gedacht werden

muß: Der christliche Glaube lebe in der individuellen, subjektiven Beziehung des Menschen zu Gott, und diese Beziehung nehme für jeden individuelle Gestalt an, sei also insofern offen für Pluralismus. Gleichzeitig gelte: „Der christliche Glaube aber lebt von der Beziehung Gottes zu den Menschen und zur Welt. Und sie geht nicht in der je eigenen Glaubensbeziehung auf und ist darum vielfältig plural zu denken.“ Die dänische Theologin *Kirsten Nielsen* meinte, der verantwortliche Umgang mit Traditionen in einer pluralistischen Gesellschaft müsse das erklärte Ziel haben, daß das Gespräch nicht verstumme: „Wir müssen deshalb den Machtmißbrauch erkennen, an dem wir schuld sind, wenn wir uns weigern, unsere Tradition zum Gegenstand kritischer Erörterung und Neuauslegung zu machen.“ Der Hallenser Theologe *Helmuth Obst* forderte, die Theologie müsse die Fähigkeit zur argumentativen Begründung wiedergewinnen; sie habe den Schritt in die weltanschaulich plurale Gesellschaft noch nicht wirklich getan, sondern lebe noch weithin in einer vorpluralistischen, auf die Auseinandersetzung mit der westlichen Moderne ausgerichteten Welt. Hier sei eine „Wende“ notwendig: sie könne sich nur auf der Basis dialogisch gewonnener Einsichten vollziehen. In einem Kolloquium über Wissenschaftspluralismus und Theologie konstatierte der Wiener evangelische Systematiker *Falk Wagner*, ein Standpunkt außerhalb oder über pluralen Perspektiven sei nur als gewaltsame Usurpation eines hybriden Selbstbehauptungswillens möglich: „Ein kontrollierter Umgang mit dem Pluralismus ist allein als dessen Selbstkontrolle durchführbar.“

Schonungslose Situationsanalyse der kubanischen Bischöfe

In einem Anfang September veröffentlichten Hirtenwort, betitelt mit „Die Liebe hofft alles“, hat die Kubanische Bischofskonferenz eine schonungslose Analyse der ökonomischen und politischen Situation Kubas vorgelegt, „um

bessere Lebensbedingungen für das ganze kubanische Volk zu erreichen“, das unzufrieden, verunsichert und verzweifelt sei. In ihrer Botschaft betonten die Bischöfe, in Anbetracht des Ernstes der derzeitigen Lage könnten die Erfolge, die nach Jahren des Opfers erzielt wurden, verlorengehen, wenn es nicht zu wirklichen Veränderungen im wirtschaftlichen wie auch im politischen und sozialen Bereich komme. Ausdrücklich erinnern die Bischöfe an die eindeutige Option der katholischen Kirche für die Ernsthaftigkeit und Gelassenheit bei der Behandlung dieser Fragen, für den direkten und freimütigen Dialog mit den Autoritäten des Landes und den Verzicht darauf, politische, einseitig parteinehmende Programme propagieren zu wollen. Deutlich benennen sie aber die Hindernisse, die einem offenen und freimütigen Dialog entgegenstehen: Neben Maßnahmen gegen die „fortschreitenden wirtschaftlichen Verschlechterungen“, die nur langsam in die Praxis umgesetzt werden könnten, müßten einige *politische Verhaltensweisen* beendet werden, die für die enorme Verunsicherung der Bevölkerung und neben dem ökonomischen Mangel auch für die moralische Krise des Landes verantwortlich seien: der „ausschließende und allgegenwärtige Charakter der offiziellen Ideologie“, die „exzessive Kontrolle von Privatpersonen durch die Sicherheitskräfte“, die Einschränkung „der Freiheit selbst“, die auch eine unabhängige Rechtsprechung verhindere, „die Diskriminierung aufgrund philosophischer, politischer oder religiöser Vorstellungen“. Von den regierungstreuen Medien, den Delegierten des IV. Kongresses des „Komitees für die Verteidigung der Revolution“ und von Staatspräsident *Fidel Castro* selbst wurden den Bischöfen daraufhin konterrevolutionäre, opportunistische, diversionistische und den USA willfährige Äußerungen in inquisitorischer Manier vorgeworfen. Der Ständige Rat der Bischofskonferenz wies inzwischen die Angriffe und Vorwürfe gegen die Kirche als verleumderisch zurück und bekräftigte die Bereitschaft der Kirche zum Dialog.